

Kurzinformationen

Harte, beinahe vernichtende Urteile über die moderne Kirchenmusik wurden auf dem VI. Internationalen Kongreß für Kirchenmusik laut, der vom 30. August bis 2. September von der Internationalen Kirchenmusikvereinigung CIMS in Salzburg veranstaltet wurde. Der in Amerika lebende 83jährige Philosoph *Dietrich von Hildebrand* vertrat als Gastredner die mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansicht, Jazz- und Rockmusik gehöre keinesfalls in die Kirche und zerstöre als Bestandteil der Liturgie die wahre Frömmigkeit. Diese Musik sei dem Sakralen außerdem „spezifisch entgegengesetzt“ und in ihrer „peripheren, chaotischen, primitiven Natur und tierischen Sexualität“ völlig unverträglich mit der Welt Christi. Sie apeliere schließlich nur an „illegitime, untermenschliche Zentren im Menschen“. In seinem Vortrag über die „Mission der Musik in der Liturgie“ hatte Dietrich von Hildebrand grundsätzlich konstatiert, die Kirche leide gegenwärtig unter einem „Anti-Schönheits-Komplex“. Es gelte deshalb, auch in der Liturgie und Kirchenmusik die Schönheit wieder in ihr Recht einzusetzen. In einem Plädoyer für die „rezeptive Teilnahme“ an der heiligen Messe äußerte von Hildebrand, der Gottesdienstbesucher versperre sich den Weg zur echten Teilnahme an der Eucharistiefeier, wenn er „aktiv mitmache“. Die große Aufgabe der Musik sei es, den Gläubigen in das „Reich Christi zu versetzen“. Die unübertroffene, ideale Musik ist nach Ansicht von Hildebrands dabei der Gregorianische Choral, der seinen Stellenwert behalten müsse. Der Kölner Kirchenmusiker *P. Hermann Josef Burbach* griff in einem Referat mit Musik-Beispielen nicht nur den sogenannten „Sakro-Pop“ an, dem er vorwarf, Anleihen bei den Kampfliedern des Faschismus zu machen und Propaganda statt Überzeugung zu bieten, sondern auch den Großteil der übrigen Kirchenmusik-Kompositionen nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Mit ihrer rhythmischen und harmonischen Monotonie, meinte Burbach, treibe die Kirchenmusik heute in eine enge Askese, anstatt die Fülle der Möglichkeiten moderner Musik auszunutzen. Ebenso wie Dietrich von Hildebrand hob der Vorsitzende des Kongreßkomitees, Prof. *Johannes Overath*, Köln, als Grundlage der gesamten Kirchenmusik die Gregorianik hervor, der ein eigener Kongreßtag gewidmet war. Bereits im Vorwort zum Tagungsprogramm hatte Overath auf eine bevorstehende Neubelebung des Gregorianischen Chorals hingewiesen, „obwohl in der postkonziliaren liturgischen Praxis vielerorts der Eindruck entstanden“ sei, der Gregorianische Choral sei infolge eines „mehr und mehr um sich greifenden aufklärerischen Denkens in der Kirche unserer Zeit dem Untergang geweiht“. Die aufsehenerregende Kritik Hildebrands nannte Overath ein „richtiges Fundament“ für die weitere Arbeit des Kirchenmusikverbandes, das diesen in seiner Linie bestärke. In einem Beitrag zum dritten Themenkreis des Kongresses, der musikalischen Ausbildung des Welt- und Ordensklerus, kündigte Overath ein eigenes Lehrbuch der Kirchenmusik für Priester- und Ordensseminarien an. Das Lehrbuch, über das seit 20 Jahren diskutiert wird, soll einem Vorschlag Overaths zufolge in die theologischen Fragen der Kirchenmusik, den Gregorianischen Choral, die Polyphonie, die instrumentale Kirchenmusik sowie die Orgel- und Glockenkunde einführen. Der zweite Teil soll u. a. den volkssprachlichen Gesängen und dem Kirchenlied gewidmet sein. Der Benediktinerpater *Roman Bannwart* (Einsiedeln) plädierte für eine gründliche kirchen-

musikalische Ausbildung des Klerus. Sie sei auch deshalb erforderlich, weil der Klerus in der kirchenmusikalischen Diskussion wegen seiner Unkenntnis vielfach nicht mitreden könne und die Liturgie somit ohne ihn Irrwege gehe. Die zahlreichen Gottesdienste während des Kongresses wurden „wegen des internationalen Teilnehmerkreises“ nur als lateinische Hochämter gefeiert. Prof. Overath hatte zuvor darauf hingewiesen, daß Latein als Kirchensprache gegen die Intention des Konzils vielerorts in den Hintergrund gedrängt worden sei.

Mit der Verlesung eines „Briefes an das Volk Gottes“ wurde am Sonntag, dem 1. September, im burgundischen Taizé das „Konzil der Jugend“ eröffnet. 40 000 Jugendliche aus 120 Ländern, die in Zelten übernachteten, sorgten für einen bisherigen Höhepunkt in der Geschichte dieser Bewegung. Initiator des Jugendkonzils ist der heute 59jährige Prior *Roger Schutz*. Zusammen mit seiner ökumenischen Brudergemeinschaft, der heute 70 Männer aus allen christlichen Konfessionen angehören, hatte er seit den sechziger Jahren Jugendlichen aus den verschiedensten geografischen, politischen, religiösen und geistigen Richtungen Rede und Antwort gestanden und gleichzeitig den Jugendlichen eine Plattform der Begegnung geboten. Besonders die Ostertage führten von Jahr zu Jahr mehr Jugendliche in Taizé zusammen. Ostern 1970 wurde das „Konzil der Jugend“ angekündigt, von dem es in dem „Brief an das Volk Gottes“ heißt: „Wir haben uns weder für ein Diskussionsforum noch für Kongresse entschieden, sondern für ein Konzil der Jugend, das heißt für eine Realität, die Jugendliche aus allen Ländern zusammenführt und uns unmißverständlich für Christus und das Evangelium engagiert.“ Prior Schutz nimmt ausdrücklich Bezug auf das Apostelkonzil: „Als die Christen der ersten Zeit vor einer unlösbaren Frage standen und sich zu trennen drohten, beschlossen sie, sich in einem Konzil zu sammeln.“ Aber auch das Zweite Vatikanum war vorbildhaft für Taizé: „Ohne den alten Mann Johannes wären wir nicht hier“, sagte der Prior. Die Erinnerung an Papst Johannes wurde sichtbar in der Anwesenheit von dessen Bruder. Das „Konzil der Jugend“ ist keine organisierte Bewegung. Das Provisorische ist grundlegend für alles. In den Berichten der Jugendlichen über die Bevölkerung ihres Landes, die während der Gottesdienste verlesen wurden, zeigte sich eine starke politische Tendenz, die dazu aufforderte, als „Volk der Gerechtigkeit“ den „Kampf der ausgebeuteten Menschen und Völker mitzuerleben“. Die Texte waren konkret, manchmal auch einseitig und agitatorisch. — Besondere Aufmerksamkeit schenkt das „Konzil der Jugend“ den institutionellen Kirchen. Der erste Abschnitt des Konzils wird unter der Frage stehen: „Kirche, was sagst du zu deiner Zukunft?“ Von den Kirchen wird behauptet: „Zahlreiche Kirchen in der südlichen wie in der nördlichen Erdhälfte werden überwacht und sind ständigen Behinderungen sowie Verfolgungen ausgesetzt... Ein anderer Teil des Volkes Gottes, in der nördlichen wie in der südlichen Erdhälfte, verbündet sich mit dem System der Ungleichheit... Viele Institutionen der Kirche haben ihre Besitzungen als Kapital angelegt und ungeheure Reichtümer an Geld, Boden, Gebäuden und Aktien angehäuft.“ Ziel des Jugendkonzils sei es, ein „Volk der Seligpreisungen“ zu werden „ohne andere Sicherheit als Christus: ein armes Volk, das kontemplativ lebt und Frieden schafft, das Träger der

Freude und eines befreienden Festes für die Menschen ist.“ Die leicht euphorischen Sätze werden dadurch erhärtet, daß in kurzer Zeit weltweite Verbindungen zwischen Jugendlichen hergestellt wurden, die sich auf dem Geist von Taizé begründen. Das „Konzil der Jugend“ wird nacheinander in allen Kontinenten eröffnet. Der Eröffnungsfeier folgt ein mehrere Jahre dauernder Prozeß des Gespräches. Die Einzigartigkeit dieser Initiative wurde durch die Anwesenheit von Vertretern aller Kirchen unterstrichen. Unter anderem waren erschienen: Kardinal *Willebrands* vom römischen Einheitssekretariat, Kardinal *König* als Präsident des Sekretariats für die Nichtglaubenden, mehrere Bischöfe, der Generalsekretär des Weltkirchenrates *Philipp Potter*, ein Vertreter des orthodoxen Patriarchats von Konstantinopel und der Bischof von Worcester als Vertreter des Erzbischofs von Canterbury. Die Anteilnahme der offiziellen Kirchen an den Ereignissen in Taizé spiegelte auch ein Telegramm von Papst Paul VI. wider, der Prior Schutz, ebenso wie sein Vorgänger, freundschaftlich verbunden ist. In dem Grußwort wurde das Ereignis in Taizé als das „erste Jugendkonzil der Christenheit“ gewürdigt.

Die Veränderungen in der politischen Führung der USA haben auf katholischer Seite ein teilweise sehr zwiespältiges Echo gefunden. Noch unmittelbar vor dem Rücktritt von Präsident *Richard Nixon* hatte sich das von Jesuiten herausgegebene Magazin „America“ für ein „Impeachment“-Verfahren gegen den Präsidenten ausgesprochen, „um in der amerikanischen Politik Moral und Verfassungstreue zu retten“ (27. 7. 74). Der amerikanische Kongreßabgeordnete und Jesuit *Robert Drinan*, der als erster bereits Ende Juli 1973 ein Impeachment-Verfahren gefordert hatte, wies gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, den Präsidenten nicht nur wegen seiner Verwicklung in die Watergate-Affäre zum Amtsverzicht zu veranlassen, sondern vielmehr noch wegen der von ihm angeordneten, jahrelang geheimgehaltenen und abgestrittenen Bombenangriffe auf Kambodscha. Als Sprecher der Nationalen Konferenz der katholischen Bischöfe (NCCB) erklärte Bischof *James Rausch* am 29. Juli (NCNS, 29. 7. 74), ohne ein Urteil über Schuld oder Unschuld zu fällen, „in dieser für die Nation bitteren Zeit“ müßten die Amerikaner Geduld, Ausdauer und Einsatz für das Allgemeinwohl zeigen. Versöhnung und einen „neuen Ton von Gerechtigkeit und Moral in der Regierung“ erwarteten die meisten in diesem Augenblick des Wandels. Kardinal *John Krol* von Philadelphia, Präsident der U.S.Catholic Conference, nannte den Rücktritt „praktisch unvermeidbar“ und dennoch „zutiefst bedauerlich“ (NCNS, 9. 8. 74). Ähnlich äußerte sich das „Interreligiöse Komitee der Generalsekretäre (ICGS)“ der drei größten katholisch-protestantisch-jüdischen Organisationen der USA. Es war dabei die Rede von der Tragödie der Resignation, aber auch von der Hoffnung des „frischen Neubeginns“ nach Vietnam und Watergate. Auch in der kirchlichen Presse überwog der Optimismus, daß nun endlich eine Periode der Unsicherheit, Schwäche und Unglaubwürdigkeit vorüber sei. Doch bis heute — und ganz besonders nach der Verkündung der Amnestie für Nixon durch seinen Nachfolger *Gerald R. Ford* — gehen die Meinungen katholischer Persönlichkeiten und Blätter über die Behandlung Nixons weit auseinander. Ein Teil der Stimmen wollte von Anfang an eine Verbindung der Fragen einer Amnestie für den ehemaligen Präsidenten und einer Amnestie für all die Amerikaner, die während des Vietnamkrieges den Wehrdienst verweigerten oder desertierten und

heute außerhalb der USA leben müssen. Die von Präsident Ford ausgesprochene bedingte Amnestie für diese große Gruppe reicht vielen katholischen Organisationen nicht aus. Massive Proteste wurden gegen den neuen Vizepräsidenten *Nelson Rockefeller* laut (NCNS, 22. 8. 74). In erster Linie richteten sich die Vorwürfe gegen dessen Haltung zur Abtreibung, da er 1970 als Gouverneur des Staates New York ein Gesetz unterzeichnete, das Abtreibungen bis zur 24. Woche der Schwangerschaft erlaubt. Ferner wirft man ihm vor, einen Großteil seines Reichtums aus Lateinamerika zu beziehen und während seiner Karriere weder „politische Manöver“ noch ungezügelter Machtmißbrauch gescheut zu haben. Auch die Frau des neuen Präsidenten, *Betty Ford*, geriet schon bald ins katholische Schußfeuer, als sie ausgerechnet auf einer improvisierten Pressekonferenz in einem katholischen Krankenhaus die Freigabe der Abtreibung begrüßte. In der zweiten wichtigen Frage, die in der letzten Zeit bestimmend für das Verhältnis Staat—Kirche in den USA war, der Frage der Finanzierung privater katholischer Schulen, dagegen scheinen sich die Fronten zu entspannen. Sowohl Rockefeller während seiner Gouverneurszeit als auch Ford zeigten deutlich, daß sie den Beitrag der Kirche im Bildungswesen zu honorieren bereit sind.

Mit einer Dokumentation über Folterungen und Mißachtung der Menschenrechte in zehn exemplarischen Fällen traten führende Vertreter der katholischen, anglikanischen und methodistischen Kirchen in *Rhodesien* an die Öffentlichkeit. Die in dem Rundschreiben angeführten Fälle von Brutalität rhodesischer Sicherheitskräfte gegen schwarze afrikanische Bürger mußten aus Sicherheitsgründen mit geänderten Namens- und Ortsangaben versehen werden. Das Dokument wurde zusammen mit einem von 11 kirchlichen Persönlichkeiten unterzeichneten Brief an einen ausgewählten Kreis von ca. 500 bis 600 Empfängern versandt. Zu den Unterzeichnern gehören der katholische Erzbischof von Salisbury, *Francis Markall*, und drei weitere katholische Bischöfe. Empfänger waren in erster Linie Parlamentsabgeordnete, Führungskräfte in Industrie und Wirtschaft sowie die Dekane der Universität von Rhodesien (vgl. NCNS, 29. 8. 74). Unmittelbar nach Bekanntwerden des Dokuments reagierte die Regierung mit dem Vorwurf, die Kirchen hätten zunächst die verantwortlichen staatlichen Stellen informieren müssen. Im Namen der Unterzeichner des Briefes belegte *Frederick Rea* von der methodistischen Kirche die Scheinheiligkeit der Regierung. Er wies nach, daß die Autoren sowohl den Justizminister als auch Premierminister *Ian Smith* mit den Dokumenten konfrontiert haben. Ganze 18 Monate habe man gewartet. Da in dieser Zeit weder eine Antwort noch eine Untersuchung sichtbar geworden sei, habe man nun zu diesem Mittel der begrenzten Publizität gegriffen. Die in dem Dokument aufgeführten Beispiele betreffen lange und brutale Verhöre und Folterungen von Unschuldigen, Schläge auf Füße und Körper sowie Anwendung von Elektroschock. Zwar hat ein Regierungssprecher angekündigt, man wolle nun allen Anschuldigungen nachgehen, doch schon innerhalb kurzer Frist hieß es, in drei überprüften Fällen könne keine Rede von schlechter Behandlung sein. Die Situation wird derzeit dadurch verschlimmert, daß rhodesische Sicherheitskräfte den schwarzen afrikanischen Guerrillas wegen der Vorgänge im Lande und der Befürchtung des Übergreifens der Entwicklung im Nachbarland *Moçambique* eine besonders harte Verfolgung angesagt haben.